

Absage an Gaskraftwerke

Der Bau von Gaskraftwerken sei angesichts der AKW-Laufzeiten nicht dringlich, so die Meinung einer Ständeratskommission.

dsc. · Bundesrat Moritz Leuenberger weist immer wieder auf die Notwendigkeit von Gaskombikraftwerken hin, zumindest als Übergangslösung bis zur Inbetriebnahme neuer AKW. Der Ständerat lehnte jedoch eine dazu nötige Lockerung der Kohlendioxid-Kompensation für diese Anlagen ab. Stattdessen wurde die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) beauftragt, mit den Stromunternehmen und Standortkantonen möglicher AKW ein Gesamtkonzept für Grosskraftwerke zu erstellen. Erste Ergebnisse der Sondierungsgespräche dieser Kommission sind am Dienstag präsentiert worden. Die Urek findet, dass der Bau von Gaskombikraftwerken weniger dringlich ist als bisher angenommen. Die älteren der bestehenden AKW könnten statt bis 2020 bis in die Mitte der 2025er Jahre in Betrieb bleiben. Erwähnt werden auch die Schweizer Beteiligungen an ausländischen Kraftwerken. Die Kommission hat denn eine Motion angenommen, damit sich der Bundesrat für eine Fortführung bestehender Importverträge einsetzt.

Die konkrete mittelfristige Ausgestaltung der Kohlendioxid-Kompensationen für Gaskombikraftwerke will die Urek im Januar erarbeiten. Endgültig klären dürfte sich die Notwendigkeit

solcher Anlagen aber ohnehin erst nach einer AKW-Abstimmung. Derweil liegen die Pläne für Gaskombikraftwerke weiterhin in den Schubladen der Stromwirtschaft. Beim Alpiq-Konzern ist man etwa der Meinung, dass «einige wenige Gaskraftwerke als Übergangslösung wahrscheinlich nötig sind». Die Urek präsentiert mit ihrer Beurteilung zur Notwendigkeit von Gaskraftwerken keine überraschende Prognose, sorgt aber für Druck zur Konkretisierung der Zukunft der Stromwirtschaft, indem das Thema Gaskombikraftwerke mit der Klärung der AKW-Standort-Frage verknüpft wird. Diese Verknüpfung und die Forderung nach einem raschen AKW-Standort-Entscheid stören Alpiq; der Konzern ist aber für eine baldige finanzielle Einigung für neue AKW.

Der Hintergrund der Kommissionsarbeit: Es steht die Befürchtung im Raum, dass eine Realisierung von Gaskombikraftwerken den Druck auf den Bau neuer AKW dämpfen würde. Ausserdem befürchten viele, dass die Uneinigkeit zwischen den Stromunternehmen um die AKW-Standorte der politischen Akzeptanz neuer Werke schaden könnte. Axpo, BKW und Alpiq wollen nämlich je ein neues AKW bauen, während die Versorgungssicherheit nur zwei erfordert. Kommissionspräsident Filippo Lombardi (Tessin, cvp.) stellt nun ein Klima der Annäherung zwischen den drei Konzernen fest. Erwartet wird eine Einigung bis Ende dieses Jahres, mit Beteiligung der AKW-Standort-Kantone.